UNIVERSITY OF CALIFORNIA AT LOS ANGELES
NOV 2 1936
LIBRARY

Erste Morgen-Ausgabe.
Deutsches Nachrichtenbüro Gm. b. H.

Als Manuskript gedruckt, Nachdruck und jede Art Verbreitung ohne Verordnung untersagt. Ohne alle Gewähr.

3. Jahrg. 1936	Berlin, Montag, 12. Oktober	Nr. 1337

Verschiebung der Reichskolonialtagung 1936.

Berlin, 10. Oktober. Der Bundesführer des Reichskolonialbundes teilt mit: Die Reichskolonialtagung 1936 in Breslau wird verschoben. Ein neuer Termin wird noch bekanntgegeben.

(gez.) Franz von Epp,
Bundesführer des Reichskolonialbundes.

Deutschlandreise der Londoner Philharmoniker.

Berlin, 10. Oktober. Botschafter von Ribbentrop hat das Londoner Philharmonische Orchester unter Leitung von Sir Thomas Beecham, der gleichzeitig Leiter des Londoner Königlichen Opernhauses Covent Garden ist, zu einer Konzertreise nach Deutschland eingeladen.

Sir Thomas Beecham und das Londoner Philharmonische Orchester werden im November ihre Reise nach Deutschland antreten und in Berlin, sowie in anderen deutschen Städten Konzerte geben.

Daranyi ungarischer Ministerpräsident.

Budapest, 10. Oktober. Amtlich wird mitgeteilt: Der Reichsverweser Admiral von Horthy hat am Sonnabend den bisherigen stellvertretenden Ministerpräsidenten, Ackerbauminister Daranyi, zum Ministerpräsidenten ernannt.

Die Sonntagsausgabe des Amtsblattes enthält ein Handschreiben des Reichsverwesers, worin dieser den bisher mit der stellvertretenden Führung des Ministeriums betrauten Ackerbauminister Daranyi zum königlich-ungarischen Ministerpräsidenten ernennt.

Der vom Reichsverweser Admiral von Horthy neuernannte Ministerpräsident Dr. Daranyi wurde 1886 in Budapest als Sohn des gewesenen Staatssekretärs für Ackerbau Béla Daranyi geboren. Er ist ein Neffe des langjährigen Ministers für Ackerbau, Daranyi.

Der neuernannte Ministerpräsident begann seine Laufbahn in der Komitatsverwaltung. Den Weltkrieg erlebte er als Husarenoberleutnant der Reserve an der russischen und rumänischen Front. Nach Friedensschluß war er zunächst als Obergespan tätig. Dem Abgeordnetenhaus gehörte er seit 1927 an. 1928 wurde er an der Seite des Grafen Bethlen Staatssekretär im Ministerpräsidium und behielt diesen Posten auch, als Graf Julius Karolyi Ministerpräsident wurde und die Ministerpräsidentschaft später dann auf Julius von Gömbös überging. Bei der Neugestaltung des Kabinetts, im Jahre 1935, wurde Daranyi Ackerbauminister. Ihm ist die Schaffung des neuen Forst- und Siedlungsgesetzes zu verdanken. Seit April d. J. war er für den erkrankten Ministerpräsidenten von Gömbös als stellvertretender Ministerpräsident mit der Leitung des Kabinetts betraut.

Die 17. Völkerbundsversammlung beendet.

Genf, 10. Oktober. Die 17. Völkerbundsversammlung wurde am Sonnabend nachmittag geschlossen.

Präsident **Saavedra Lamas** würdigte in der Schlußansprache die Arbeiten der abgelaufenen Tagung. Zur Reformfrage erklärte er, aus allen abgegebenen Urteilen gehe hervor, daß die Universalität als die übertragene Aufgabe bezeichnet werde. Die Bedeutung ergänzender Vereinbarungen und regionaler Abkommen sei erkannt worden. Der Studienausschuß werde endgültige Formeln über die Anwendung der Grundsätze des Paktes in der gewünschten Genauigkeit vorlegen. Präsident Saavedra Lamas stellte weiter fest, daß zwischen der Wiederherstellung des amerikanischen Friedens nach Zusammenfassung des Kellogg-Paktes mit der Völkerbundssatzung und des südamerikanischen Nichtangriffs- und Schlichtungsvertrages anerkannt habe. Die bereits auf der Zulassung anerkannte amerikanische Erklärung vom 3. April 1935 sei endgültig und das internationale Recht Europas eingegangen. Argentinien werde weiter kämpfen, um auf vertraglichem Wege zu erreichen, daß an allen Orten der Erde das Recht der Gewalt vorgehe.

Als bedeutsame Erscheinungen der gegenwärtigen Weltlage bezeichnete Saavedra Lamas die Unaufrichtigkeit, die Wahrungsunsicherheit und das Umsichgreifen der Rüstungen. Die Aufrüstung bedinge die Notwendigkeit, sich um jeden Preis die unerläßlichen Rohstoffe zu beschaffen, und führe in gewissen Fällen zu einer kriegsfördernden Ausfuhrpolitik, die den internationalen Markt störe. Man schaffe durch rein künstliche Mittel das Trugbild einer Wirtschaftsbelebung. Die französische Haltung in der Währungsfrage habe zu neuem Optimismus Anlaß gegeben. Die Wiederherstellung des internationalen Handels liege aber den vereinten Willen der Staaten voraus. Saavedra Lamas erklärte, daß man den Störungsursachen auf wirtschaftlichem wie auf politischem Gebiet auf den Grund gehen müsse, wenn der Radikalismus verschwinden und Gewaltausbrüche vermieden werden sollen.

Zur Kolonialfrage führte er aus, das Ausdehnungsbedürfnis gewisser moderner Großstaaten sei eine nicht zu leugnende Tatsache. Die Befriedigung dieses Bedürfnisses hänge von der Umwandlung des alten Begriffs der nationalistischen Kolonialpolitik in eine abgeklärtere und rein juristische Auffassung von friedlicher Siedlung ohne nationalistische Absichten ab. Amerika könne mit seinen weiten Strecken fruchtbarer Länder die europäische Ueberbevölkerungsfrage lösen.

Konflikt zwischen Regierung Blum und den Kommunisten.

Paris, 10. Oktober. Zwischen der Volksfront-Regierung und der Kommunistischen Partei ist zum erstenmal seit Bildung der Volksfront ein offener Konflikt ausgebrochen, nachdem die Regierung alle von den Kommunisten in Elsaß-Lothringen geplanten Versammlungen bis auf zehn verboten hat. Die Präfekten der Städte, in denen Versammlungen erlaubt werden, sind mit Anweisungen für die Sicherung der Ruhe und Ordnung versehen worden. Außerdem hat die Regierung größere Abteilungen Mobil-Garde bereitgestellt, die nötigenfalls eingreifen werden.

Die Kommunisten werfen in ihrem Parteiblatt **Humanité** der Regierung Schlappheit vor und schwören Stein und Bein, daß sie in den Grenzlanden die Bevölkerung einzig und allein von den „Wohltaten der republikanischen Freiheit" überzeugen wollten.

Das Regierungsblatt **Le Populaire** beschwört die kommunistischen Verbündeten, doch die Haltung der Volksfrontregierung recht zu verstehen.

Die übrige Presse übt an dem Verhalten der Regierung weiterhin schärfste Kritik, weil sie nicht folgerichtig sämtliche Veranstaltungen verboten habe. Die Stimmen aus den Grenzlanden lassen an Deutlichkeit auch nichts zu wünschen übrig und strafen die gewundene Erklärung des Innenministers Lügen, daß in den für die kommunistische Werbung freigegebenen Städten immerhin ein starker kommunistischer Anhang zu verzeichnen sei.

Das in Metz erscheinende national-französische Blatt **Messin** schreibt: „Der Esel übernimmt uns. Dicht neben uns sehen wir ein Deutschland, dessen Ordnung als Beispiel genommen zu werden verdient. Wir wollen Franzosen bleiben und in einem Frankreich leben, wie wir es erträumten, einem nationalen einigen Frankreich, aber kläglich dahinvegetieren in einem umstürzlerischen, bolschewisierten Frankreich niemals."

„Zeitgewinn" — das neue Stichwort.

Paris, 10. Oktober. „Zeitgewinn" ist das Stichwort, das nach Ansicht einiger Pariser Blätter bei der Besprechung Edens mit Blum und Delbos ausgegeben wurde.

Ami du Peuple teilt mit, daß die französische Regierung ihren Vertreter im Londoner Uebernachungsausschuß beauftragt habe, eine gewissenhafte Untersuchung der von Moskau erhobenen Anschuldigungen zu fordern. Paris und London seien übereingekommen, sich gemeinsam zu bemühen, den Ausschuß seine Arbeit in Ruhe fortsetzen zu lassen.

Der **Excelsior** schreibt: „Die Regierungen Frankreichs und Englands scheinen sich nicht über Gebühr über das Moskauer Manöver zu ärgern. Die Würfel in Spanien sind bereits gefallen."

Nach Ansicht des **Figaro** bezweckte das sowjetrussische Manöver, Frankreich und England zu einer Stellungnahme und zum Verzicht auf die Nichteinmischungspolitik zu zwingen. Aber Frankreich und England hätten beschlossen, alles für die Einhaltung der eingegangenen Verpflichtungen zu tun. Sie würden mit allen Mitteln einen Krieg zu verhindern suchen, in den gewisse Kreise sie hineinziehen möchten.

Das **Petit Journal** verhehlt nicht seine Sympathie für das rote Spanien. Eine einseitige Neutralität würde darauf hinauslaufen, Frankreichs außenpolitischen Rivalen ein Betätigungsfeld in Spanien zu verschaffen; die Bodenschätze und die Häfen Spaniens würden dann den Mächten offen stehen, die sowohl in der Kontrolle des Mittelmeeres als auch der Geschicke Nordafrikas Frankreich ablösen möchten.

Die ausgesprochen marxistischen Blätter setzen ihren Druck auf die Regierung im sowjetrussischen Sinne fort. Das Beispiel der englischen Arbeiterpartei wird als nachahmenswert empfohlen.

Die neue Lage in der österreichischen Innenpolitik.

Wien, 10. Oktober. Die Nachricht von der Auflösung der Heimwehr löste ungeheure Ueberraschung aus, da die österreichischen Zeitungen von den schweren Auseinandersetzungen, die sich in den letzten Tagen zwischen Bundeskanzler Schuschnigg und Starhemberg abgespielt hatten, nichts erfahren hatten. Da die amtliche Verlautbarung erst um 9 Uhr vormittags erschien, bringen die Mittagsblätter auch noch keine Stellungnahme zu diesem wichtigen politischen Ereignis. Allgemein legt man sich die Frage vor, wie sich Starhemberg und die Heimwehren zu der neuen Lage stellen werden. Man glaubt jedoch nicht, daß die Heimwehren noch die Kraft zur Opposition gegen die Regierungsbeschlüsse haben werden.

Eine Reihe von Fragen ist noch ungeklärt, so vor allem die, ob die Mitglieder der Heimwehren zwangsweise in die Miliz der Vaterländischen Front eingereiht werden oder ob der Beitritt durch freiwilligen Entschluß erfolgen soll. Jedenfalls scheint festzustehen, daß die Frontmiliz ganz neu aufgebaut wird und keine geschlossenen Formationen der Heimwehr übernehmen wird. Auch das Schicksal der zivilen Gliederungen der Heimwehr, vor allem ihrer gewerkschaftlichen Organisationen, ist noch nicht entschieden. Da sie jedoch der Unterstützung durch die Wehrformation beraubt sind, werden sich diese Gliederungen auf die Dauer wohl nicht halten können. Bezüglich der Frontmiliz wird man wohl erst nach Beendigung der Beratungen des für diese Frage eingesetzten Ministerkomitees völlig klar sehen.

Der rumänische Außenminister in Belgrad.

Belgrad, 10. Oktober. Der rumänische Außenminister Antonescu traf, von Genf kommend, zu einem zweitägigen Besuche in Belgrad ein. In Begleitung Antonescus befinden sich der Direktor im rumänischen Außenministerium Crucescu und seine beiden Kabinettschefs. Antonescu wurde am Belgrader Bahnhof von dem Ministerpräsidenten Dr. Stojadinowitsch empfangen. Der Besuch Antonescus erfolgt vor allem in Erwiderung des vor kurzem erfolgten Bukarester Besuchs Stojadinowitschs.

Auslandsreise König Carols.

Bukarest, 10. Oktober. Halbamtlich wird mitgeteilt, daß König Carol am 26. Oktober in Begleitung des Außenministers Antonescu nach Prag fährt.

Nach dem Staatsbesuch in Prag findet eine Jagd in der Hohen Tatra statt. Auf dem Rückwege kommt König Carol auch mit dem Prinzregenten Paul von Jugoslawien zusammen. Die Zusammenkunft erfolgt bei Turn-Severin, wo die feierliche Grundsteinlegung für den Bau der rumänisch-jugoslawischen Donaubrücke stattfinden soll.

Weitere Erfolge der Nationalen.

Paris, 10. Oktober. Im Kampfabschnitt Avila haben, wie der Sender La Coruña mitteilt, nationale Abteilungen die Ortschaft El Tiemblo besetzt, in der sich die Alberche-Stauwerke befinden, die Madrid mit elektrischer Kraft beliefern. Eine amtliche Bestätigung dieser Nachricht liegt noch nicht vor.

Der gleiche Sender meldet die Einnahme einer Ortschaft 17 Kilometer vor dem Escorial, die Zerstörung des Eisenbahnknotenpunktes Aranjuez durch nationale Flugzeuge und wirksame Luftbombardements gegen Malaga, Alicante, Barcelona und Bilbao.

In Santander soll es zu blutigen Zusammenstößen zwischen regulären Madrider Truppen und der roten Miliz gekommen sein.

Todesstrafen und Spionenfurcht im roten Spanien.

Sevilla, 10. Oktober. Ein kürzlich durch nationale Flieger auf Largo Caballero unternommener Angriff, als er nämlich von einer Besichtigung in Aranjuez im Auto auf der Heimfahrt nach Madrid war und von nationalen Fliegern bemerkt wurde, die seinen Wagen sofort bombardierten, folgte er sich unter einer Brücke verbergen mußte, hatte für die roten Flieger des Flughafens Getafe sehr üble Folgen. Die in den Diensten der roten „Volksfront" stehenden Flieger wurden zum Tode verurteilt, da man behauptet, daß sie feindlichen Maschinen, die das Leben Largo Caballeros in Gefahr brachten, von ihrem Standplatz aus rechtzeitig genug gesichtet hatten, ohne indessen aufzusteigen zu sein, um die feindlichen Flieger zu vertreiben.

Die rote Regierung glaubt, Beweise dafür zu haben, daß dieser Ueberfall auf den Wagen Caballeros auf Grund verräterischer Angaben aus ihren eigenen Kreisen erfolgt ist. Man spricht allgemein von einem wohlorganisierten nationalen Spionagedienst und bisher unbekannten Radiosender, die alarmierende Nachrichten verbreiteten und den nationalen Truppen wichtige Hinweise gäben. Außerdem will man in der letzten Zeit vielfach verdächtige Personen beobachtet haben, die man auch mit dem Fliegerangriff auf Caballero in Zusammenhang bringt.

Mit allen Mitteln versucht man, die roten Truppen und ihre Anführer zu Verzweiflungstaten und „Höchstleistungen" anzutreiben. Das rote Generalkommando in Barcelona hat z. B. General Villalba die Mitteilung erteilt, innerhalb 48 Stunden die von nationalistischen Truppen besetzte Stadt Huesca zu erobern. Falls er diesem Befehl nicht Folge leistet oder ihn nicht erfolgreich durchführt, wird er mit dem Tode bestraft!

Wieder tschechische Militärflieger in Sowjetrußland.

Moskau, 9. Oktober. Nach den vielen offiziellen Besuchen von tschechoslowakischen Militärabordnungen in der Sowjetunion ist jetzt wieder eine Fliegerabordnung der „verbündeten" Tschechoslowakei eingetroffen.

Wie die Tass berichtet, ist am Freitag eine Abordnung tschechoslowakischer Militärflieger auf dem Flugplatz in Kiew gelandet. Die tschechische Militärfliegerabordnung soll angeblich an sowjetrussischen Fliegerwettkämpfen teilnehmen.

Moskaus alter Trick.

Warschau, 10. Oktober. In einer Meldung aus Moskau heißt es, die Untersuchung des Generalstabsomnibuses habe Unterlagen für die unmittelbare Beteiligung Radeks an der Verschwörung Sinowjews und Kamenews zutage gefördert. Die Rolle Bucharins sei indessen noch nicht völlig geklärt. In einem neuen Schauprozeß werde neben Sokolnikow und dem Ukrainer Skocubinski auch Radek-Sobelsohn auf der Anklagebank sitzen. Radek sei über den geplanten Anschlag auf Stalin unterrichtet gewesen.

In diesem Zusammenhang erneuert die Prawda die bekannten Behauptungen über angebliche Beziehungen der Trotzki-Verschwörer zu Auslandsreisen und über deren „schädliche Tätigkeit" in der sowjetrussischen Industrie, im Transportwesen und in der Landwirtschaft. Wenn die Sowjetpresse auf diese „Gegenrevolutionäre", mit denen man „kurzen Prozeß" machen wolle, jetzt zu sprechen kommt, dann offenbar vor allem, um vor der Oeffentlichkeit das schlechte Funktionieren des Sowjetapparats, das auf allen Gebieten immer deutlicher wird, zu entschuldigen.

Der Aufruf der Araberfürsten an die Aufständischen.

London, 10. Oktober. Aus Anlaß des bereits gemeldeten Streikabbruches der Araber wird am Montag abend in der Ouar-Moschee ein gemeinsamer Friedensaufruf der vier arabischen Fürsten König Ibn Saud, König Ghazi, Emir Abdullah und Fürst von Jemen bekanntgegeben werden. Dieser Aufruf hat folgenden Wortlaut:

„Wir sind tief besorgt über die gegenwärtige Lage in Palästina. Wir fordern Euch auf, den Frieden wiederherzustellen und dem Blutvergießen Einhalt zu gebieten. Wir verlassen uns auf den guten Willen der britischen Regierung, die bereits erklärt hat, daß sie Gerechtigkeit walten lassen will. Seid daher vertrauensvoll, daß wir unsere Bemühungen fortsetzen werden. Euch zu unterstützen!"

Am Sonnabend waren mehrere Konferenzen zwischen dem arabischen Streikkomitee und Vertretern arabischer Stämme abgehalten. In Jerusalem soll Optimismus herrschen. Ein bedeutender arabischer Führer habe erklärt, er sei überzeugt, die Mehrheit der arabischen Aufständischen werde den Aufruf nachkommen. Es sei jedoch möglich, daß einige kleine Gruppen den Kleinkrieg fortsetzen würden.

Trotz der zuversichtlichen englischen Berichte aus Jerusalem ist es vorläufig noch ungewiß, ob die arabischen Aufständischen, die zum Teil in Form organisierter und gut bewaffneter Truppen zusammengezogen sind, dem Aufruf des Streikkomitees und der Fürsten ohne weiteres Folge leisten werden.

Am Sonnabend kam es zu weiteren Gefechten zwischen Aufständischen und englischen Truppen. Bei Hebron wurden englische Panzerwagen von Arabern angegriffen, wobei zwei Araber getötet und vier englische Soldaten verwundet wurden.

Landons erste Wahlrede.

Chicago, 10. Oktober. In seiner ersten großen Rede befaßte sich der republikanische Präsidentschaftskandidat Landon eingehend mit dem Bundeshaushalt. Er erklärte, falls er gewählt werde, werde der Haushalt ausgeglichen werden und zwar nicht dadurch, daß den Hilfsbedürftigen die Unterstützung entzogen oder den Landwirten die notwendige Hilfe versagt oder das Land mit Steuern überschwemmt werde, sondern dadurch, daß man die Verschwendung und Vergeudung ausmerzen und die Verwendung öffentlicher Gelder für politische Zwecke beenden werde.

Weder eine eine arbeitsame vernünftige Verwaltung wiederhergestellt werden. Am 30. Juni, also nach 3½ Jahren, habe die Bundesregierung über 25 Milliarden Dollar verausgabt. Das seien mehr als alle Präsidenten der Vereinigten Staaten von George Washington bis Woodrow Wilson in 124 Jahren verbraucht hätten. Trotz dieser Ausgaben seien noch elf Millionen arbeitslos und 20 Millionen würden unterstützt. Trotz dieser Ausgaben seien die Banken mit Regierungsbonds angefüllt. Seit die NRA „hinausgeworfen wurde", sei eine wesentliche Erholung im Lande festzustellen. Falls das Gespenst der Inflation und des Bankerotts verscheucht werden solle, sei ein Regierungswechsel unbedingt notwendig.

Verantwortlich: Kurt Schwartzkopff, Berlin-Wilmersdorf.
Druck und Verlag: Deutsches Nachrichtenbüro G. m. b. H., Berlin,